

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Lehrplan für die Berufsschule und Berufsfachschule

Unterrichtsfach: Sozialkunde

Jahrgangsstufen 10-12

April 2011

Der Lehrplan wurde mit KMBek vom 15. Juni 2004 Nr. VII.7-5S9410.7-7.52095 in Kraft gesetzt. Er gilt für die Jahrgangsstufe 10 mit Beginn des Schuljahres 2004/2005, für die Jahrgangsstufe 11 mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 und für die Jahrgangsstufe 12 mit Beginn des Schuljahres 2006/2007. Sofern Schulen den Unterricht in Klassen der Jahrgangsstufe 11 und 12 bereits im Schuljahr 2004/2005 auf freiwilliger Basis nach dem neuen Lehrplan erteilen möchten, bestehen dagegen keine Einwände.

Der Lehrplan wurde im Juli 2010 überarbeitet und mit KMBek vom 14.04.2011 Nr. VII.4-5S9410.7-7.076686 in Kraft gesetzt.

Herausgeber:

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, Schellingstr. 155, 80797 München, Telefon 089 2170-2211, Telefax 089 2170-2215

Internet: [www.isb.bayern.de](http://www.isb.bayern.de)

Herstellung und Vertrieb:

Offsetdruckerei + Verlag Alfred Hintermaier, Inh. Bernhard Hintermaier, Nailastr. 5, 81737 München, Telefon 089 6242970, Telefax 089 6518910

E-Mail: [shop@hintermaier-druck.de](mailto:shop@hintermaier-druck.de)

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINFÜHRUNG	
1 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Berufsschule und Berufsfachschule	1
2 Rechtliche Rahmenbedingungen und Stundentafel	2
3 Leitgedanken für den Unterricht an der Berufsschule und Berufsfachschule	2
4 Aufbau des Lehrplans, Verbindlichkeit, Organisatorisches	3
5 Übersicht über das Fach und die Lerngebiete	5
LEHRPLAN	
Jahrgangsstufe 10	6
Jahrgangsstufe 11	13
Jahrgangsstufe 12	19
ANHANG	
Mitglieder der Lehrplankommission	23

---

## EINFÜHRUNG

### 1 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Berufsschule und Berufsfachschule

Die Berufsschule hat gemäß Art. 11 Bay EUG die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern berufliche und allgemein bildende Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung zu vermitteln. Die Berufsschule und die Ausbildungsbetriebe erfüllen dabei in der dualen Berufsausbildung einen gemeinsamen Bildungsauftrag.

Die Berufsfachschule ist gemäß Art. 13 Bay EUG eine Schule, die, ohne eine Berufsausbildung vorauszusetzen, der Vorbereitung auf eine Berufstätigkeit oder der Berufsausbildung dient und die Allgemeinbildung fördert.

Die Aufgabe der Berufsschule und Berufsfachschule konkretisiert sich in den Zielen,

- eine Berufsfähigkeit zu vermitteln, die Fachkompetenz mit allgemeinen Fähigkeiten methodischer und sozialer Art verbindet;
- berufliche Flexibilität zur Bewältigung der sich wandelnden Anforderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft auch im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas zu entwickeln;
- die Bereitschaft zur beruflichen Fort- und Weiterbildung zu wecken;
- die Fähigkeit und Bereitschaft zu fördern, bei der individuellen Lebensgestaltung und im öffentlichen Leben verantwortungsbewusst zu handeln.

Zur Erreichung dieser Ziele muss die Berufsschule und Berufsfachschule

- den Unterricht an einer für ihre Aufgabe spezifischen Pädagogik ausrichten, die Handlungsorientierung betont;
- unter Berücksichtigung notwendiger beruflicher Spezialisierung berufs- und berufsübergreifende Qualifikationen vermitteln;
- ein differenziertes und flexibles Bildungsangebot gewährleisten, um unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen sowie den jeweiligen Erfordernissen der Arbeitswelt und der Gesellschaft gerecht zu werden;
- auf die mit Berufsausübung und privater Lebensführung verbundenen Umweltbedrohungen und Unfallgefahren hinweisen und Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung bzw. Verminderung aufzeigen.

Die Berufsschule und Berufsfachschule soll darüber hinaus im allgemein bildenden Unterricht, und soweit es im Rahmen berufsbezogenen Unterrichts möglich ist, auf die Kernprobleme unserer Zeit eingehen, wie z. B.

- Arbeit und Arbeitslosigkeit,
- friedliches Zusammenleben von Menschen, Völkern und Kulturen in einer Welt unter Wahrung ihrer jeweiligen kulturellen Identität,
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie
- Gewährleistung der Menschenrechte.

## 2 Rechtliche Rahmenbedingungen und Stundentafel

Dem Lehrplan liegen die Berufsschulordnung sowie die Schulordnungen derjenigen Berufsfachschulen zugrunde, deren Stundentafeln das Fach Sozialkunde vorsehen, in der jeweils gültigen Fassung.

Dem Lehrplan liegen die Stundentafeln für die Berufs- und Berufsfachschulen zugrunde, die in den jeweiligen Lehrplanrichtlinien und Lehrplänen festgelegt sind.

## 3 Leitgedanken für den Unterricht an der Berufsschule und Berufsfachschule

Lernen hat die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit zum Inhalt und zum Ziel. Geplantes schulisches Lernen erstreckt sich dabei auf vier Bereiche:

- Aneignung von bildungsrelevantem Wissen;
- Einüben von manuellen bzw. instrumentellen Fertigkeiten und Anwenden einzelner Arbeitstechniken, aber auch gedanklicher Konzepte;
- produktives Denken und Gestalten, d. h. vor allem selbstständiges Bewältigen berufstypischer Aufgabenstellungen;
- Entwicklung von Wertorientierungen unter besonderer Berücksichtigung berufsethischer Aspekte.

Diese vier Bereiche stellen Schwerpunkte dar, die einen Rahmen für didaktische und methodische Entscheidungen geben. Im konkreten Unterricht werden sie oft ineinander fließen.

Die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis ist das grundsätzliche didaktische Anliegen der Berufsausbildung. Für die Berufsfachschule heißt das: Theoretische Grundlagen und Erkenntnisse müssen praxisorientiert vermittelt werden und zum beruflichen Handeln befähigen. Neben der Vermittlung von fachlichen Kenntnissen und der Einübung von Fertigkeiten sind im Unterricht verstärkt überfachliche Qualifikationen anzubahnen und zu fördern.

Lernen wird erleichtert, wenn der Zusammenhang zur Berufs- und Lebenspraxis immer wieder deutlich zu erkennen ist. Dabei spielen konkrete Handlungssituationen, aber auch in der Vorstellung oder Simulation vollzogene Operationen sowie das gedankliche Nachvollziehen und Bewerten von Handlungen eine wichtige Rolle. Methoden, die Handlungskompetenz unmittelbar fördern, sind besonders geeignet und sollten deshalb in der Unterrichtsplanung angemessen berücksichtigt werden. Handlungskompetenz wird verstanden als die Bereitschaft und Fähigkeit des Einzelnen, sich in gesellschaftlichen, beruflichen und privaten Situationen sachgerecht sowie individuell und sozial verantwortlich zu verhalten. Handlungsorientierter Unterricht ist ein didaktisches Konzept, das fach- und handlungssystematische Strukturen miteinander verschränkt. Dieses Konzept lässt sich durch unterschiedliche Unterrichtsmethoden verwirklichen.

Im Unterricht ist zu achten auf

- eine sorgfältige und rationelle Arbeitsweise;
- Sparsamkeit beim Ressourceneinsatz;
- die gewissenhafte Beachtung aller Maßnahmen, die der Unfallverhütung und dem Umweltschutz dienen;
- sorgfältigen Umgang mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift.

Im Hinblick auf die Fähigkeit, Arbeit selbstständig zu planen, durchzuführen und zu kontrollieren sind vor allem die bewusste didaktische und methodische Planung des Unterrichts, die fortlaufende Absprache der Lehrer für die einzelnen Fächer bis hin zur gemeinsamen Planung fächerübergreifender Unterrichtseinheiten erforderlich. Darüber hinaus ist im Sinne einer bedarfsgerechten Berufsausbildung eine kontinuierliche personelle, organisatorische und didaktisch-methodische Zusammenarbeit mit den anderen Lernorten sicherzustellen.

In den Fächern des fachtheoretischen Lernbereichs werden Kenntnisse und Einsichten vermittelt, die für das berufliche Handeln wichtig sind. Bei allen Unterrichtsgegenständen kommt es darauf an, ihre Bedeutung für die praktische Arbeit aufzuzeigen.

Der Unterricht in den Fächern des fachpraktischen Lernbereichs vermittelt die für die Berufsausübung notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Dabei steht die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Die Erfahrungen aus der fachpraktischen Ausbildung sollen hier ausgewertet und vertieft werden.

#### **4 Aufbau des Lehrplans, Verbindlichkeit, Organisatorisches**

Der Fachlehrplan wird durch ein Fachprofil eingeleitet. Es charakterisiert den Unterricht des betreffenden Fachs im Ganzen, begründet didaktisch-methodische Entscheidungen, inhaltliche Schwerpunktsetzungen sowie ggf. organisatorische Notwendigkeiten und zeigt Verzahnungen zu anderen Fächern auf. Hierauf folgt jeweils eine Übersicht über die Lerngebiete. Die einzelnen Fachlehrpläne enthalten Ziele, Inhalte und Hinweise zum Unterricht.

Die Ziele und Inhalte bilden zusammen mit den Prinzipien des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Freistaates Bayern und des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen die verbindliche Grundlage für den Unterricht und die Erziehungsarbeit. Im Rahmen dieser Bindung trifft der Lehrer seine Entscheidungen in pädagogischer Verantwortung.

Die Ziele und Inhalte der Lehrpläne werden in der Reihenfolge behandelt, die sich aus der gegenseitigen Absprache der Lehrkräfte zur Abstimmung des Unterrichts ergibt; die in den Lehrplänen gegebene Reihenfolge innerhalb einer Jahrgangsstufe ist nicht verbindlich. Die Hinweise zum Unterricht sind als Anregungen gedacht.

Auf die Vorgabe von Zeitrichtwerten wurde verzichtet, um die Setzung individueller Schwerpunkte zu ermöglichen, sei es mit Blick auf aktuelle Ereignisse, Entwicklungen und Probleme, sei es mit Blick auf spezifische Interessen der Schülerinnen und Schüler. Der Lehrplan geht von 40 Jahreswo-

chenstunden pro Jahrgangsstufe für das Pflichtprogramm aus, abzüglich eines ausreichenden pädagogischen Freiraums, der insbesondere die Freiheit der Lehrkräfte bei der Planung und Durchführung des Unterrichts im Rahmen der durch die Lernziele ausgedrückten didaktischen Absichten achtet. Die jeweilige Stundenzahl ergibt sich aus der einschlägigen Schulordnung.

Der Lehrplan bietet ein obligatorisches Grundprogramm, das grundlegende Bereiche der politischen Bildung enthält. Die angeführten Beispiele („z. B.“) verstehen sich als Anregungen und sind nicht verbindlich. Die mit \* gekennzeichneten und kursiv gesetzten Lernziele, Lerninhalte und Hinweise bieten ein Zusatzprogramm, das herangezogen werden kann, wenn mehr Unterrichtsstunden zur Verfügung stehen, die Inhalte des Grundprogramms bereits aus Vorgängerschulen bekannt sind, in anderen Fächern der Berufsschule behandelt werden oder schneller als erwartet bearbeitet werden konnten.

Sozialkunde ist ein interdisziplinäres Fach. Der Zusammenarbeit mit anderen Fächern wie Deutsch, Religion/Ethik sowie ggf. den Wirtschaftsfächern kommt deshalb eine große Bedeutung zu. Auch um etwaige Überschneidungen und motivationshemmende Wiederholungen zu vermeiden ist ein Abgleich mit den Lerninhalten benachbarter Fächer bzw. gleich gelagerter Lernfeldinhalte vorzunehmen. Entsprechende Hinweise finden sich in der Hinweisspalte. Zumal bei wirtschaftlichen, sozialemischen oder religiösen Fragestellungen ist auf eine enge Abstimmung zu achten.

Das Grundgesetz und die Verfassung des Freistaates Bayern stehen allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung. Auf die einschlägigen Artikel ist im Unterricht stets Bezug zu nehmen.

## 5 Übersicht über das Fach und die Lerngebiete

### **Jahrgangsstufe 10**

- 10.1 Ausbildung und Beruf
- 10.2 Arbeitswelt im Wandel
- 10.3 Soziale Sicherung
- 10.4 Recht
- 10.5 Soziale Beziehungen

### **Jahrgangsstufe 11**

- 11 Demokratie in der Bundesrepublik  
Deutschland
- 11.1 Staatsziele und Staatsordnung
- 11.2 Der politische Entscheidungsprozess
- 11.3 Repräsentation und Wahl
- 11.4 Politik und Partizipation
- 11.5 Deutschland in Europa

### **Jahrgangsstufe 12**

- 12.1 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik
- 12.2 Lebens- und Zukunftssicherung durch  
ökologisch nachhaltige Entwicklung
- 12.3 Internationale Beziehungen



## LEHRPLAN

### SOZIALKUNDE

Fachprofil: „Demokratien sind nur lebensfähig, wenn sie von ihren Bürgern verstanden werden.“ (G. Sartori) – „Der demokratische Rechtsstaat lebt vom mündigen Mitdenken und Mittun seiner Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bereitschaft, sich selbst- und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, in der Verfassung normierte Regeln und Werte zu respektieren und sich für sie zu engagieren.“ („Münchener Manifest“ vom 26. Mai 1997)

Der Sozialkundeunterricht in der Berufsschule und Berufsfachschule dient einer politischen Bildung in diesem Sinn. Er hilft den Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zur Orientierung in Gesellschaft und Staat und motiviert sie zur aktiven Teilhabe. Sie sollen die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in ihren wesentlichen Einrichtungen, Strukturen und Grundprinzipien kennen lernen und die öffentlichen Institutionen in ihrer Funktionsweise verstehen. Sie erkennen dabei den Zusammenhang von Problemstellungen ihrer Lebenswirklichkeit mit gesellschaftlich-politischen Entwicklungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Sozialkundeunterricht darf nicht auf der Ebene reiner Wissensvermittlung stehen bleiben. Er soll den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit zu verantwortlicher und wertgebender Entscheidung vermitteln. Sie sollen lernen, ihre eigenen Standpunkte rational und nachvollziehbar zu begründen und die ihnen zugrunde liegenden Wertmaßstäbe darzulegen. In der Auseinandersetzung mit gegensätzlichen Meinungen reflektieren die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Interessen und Einstellungen. Sie lernen, Konflikte und Kontroversen als Wesensmerkmale einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft zu akzeptieren. Der Unterricht bietet ein breites Meinungsspektrum und fordert zur eigenen Meinungsbildung heraus.

Der beruflichen und privaten Lebenssituation, den Vorerfahrungen und den Interessen im späteren Jugendalter entsprechend, richtet der Lehrplan den Blick bewusst auf Lerngebiete, die den Schülerinnen und Schülern eigene Handlungsperspektiven eröffnen: Arbeit und Beruf, soziale Sicherung, soziale Beziehungen, Medien, Kirche, Kultur, Politik in der Gemeinde, Umweltschutz. Auch bei den vom individuellen Erleben fernerer Politikfeldern gilt es, den Zusammenhang zur Alltagswelt der Lernenden sichtbar zu machen. Dies soll ihr politisches Interesse wecken und die Bereitschaft zum Engagement anbahnen. Sie entdecken Mitwirkungsmöglichkeiten und entwickeln ein Bewusstsein ihrer Rolle als Bürger einer modernen Gesellschaft. In der Mitwirkung an der Gestaltung von Unterricht und Schulleben üben sie demokratische Verhaltensweisen ein, entwickeln ein Bewusstsein ihrer Mitverantwortung und gewinnen Interesse, sich an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Eine offene und lebendige Unterrichtsgestaltung, die sich an der Aktualität orientiert und auch affektive Ziele verfolgt, leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Ein Sozialkundeunterricht, der die Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig machen will, muss den Blick auf die großen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit richten: Veränderungen der Arbeitswelt und der Bevölkerungsentwicklung, soziale Gerechtigkeit, Umweltzerstörung, Globalisierung, Verletzung der Menschenrechte und Bedrohung des Weltfriedens durch Extremismus, Terrorismus und Unterentwicklung. Diese Problemfelder sollen als Aufforderung zur Suche nach Lösungen im Sinne einer menschenwürdigen Daseinsbewältigung verstanden werden.

Dem Ziel politischer Handlungs- und Urteilsfähigkeit folgend, orientiert sich der Lehrplan an den Grundsätzen eines problem- und handlungsorientierten Unterrichts: Bei der Bearbeitung exemplarischer aktueller Konflikte und Problemstellungen gewinnen die Lernenden Einsicht in die Inhalte und Aufgaben der Politik sowie Verständnis für die schwierigen Prozesse der Entscheidungsfindung und Entscheidungsdurchsetzung. In der aktiven Auseinandersetzung mit den Gegenständen lernen sie, selbstständig Informationen zu ermitteln und zu verarbeiten und sich dabei der Möglichkeiten der neuen Medien zu bedienen. Sie gewinnen fachspezifische Kategorien zur Analyse und Beurteilung auch komplexerer Fragestellungen und erwerben dadurch die Fähigkeit zum rationalen und wertgebundenen Urteil. Wissensvermittlung ist deshalb nicht Selbstzweck, sondern dient stets dem Problemverständnis und der Urteilsfähigkeit. Die Hinweise zum Unterricht gehen von diesem problem- und handlungsorientierten Ansatz aus und bieten der Lehrkraft Anregungen für solch ein Vorgehen.

Unterricht, der auf informiertes, rationales und wertgebundenes Urteilen zielt, muss den Schülerinnen und Schülern Situationen schaffen, diese Fähigkeiten zu erlernen und einzuüben. Dem entspricht eine an Selbsttätigkeit orientierte Unterrichtsmethodik mit aktivierenden Arbeitsweisen und Unterrichtsverfahren, die die Handlungs- und Problemlösungskompetenz der Lernenden fördert und dadurch zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen beiträgt.

Schlüsselqualifikationen werden vernetzt und in Zusammenhängen erlernt: Fach-, Sozial- und Methodenkompetenzen werden erworben beim selbsttätigen methodischen Lösen von fachlichen Problemen in sozialer Interaktion mit anderen. Sozialverhalten, Teamfähigkeit und Kooperationsfähigkeit sollen jedoch auch in einer thematisch eigenständigen Unterrichtseinheit (vgl. LZ 10.5) sowie immer dann gezielt gefördert werden, wenn sich Konflikte oder Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der Klasse zeigen.

**Jahrgangsstufe 10**

Lerngebiete: 10.1 Ausbildung und Beruf  
 10.2 Arbeitswelt im Wandel  
 10.3 Soziale Sicherung  
 10.4 Recht  
 10.5 Soziale Beziehungen

LERNZIELE	LERNINHALTE	HINWEISE ZUM UNTERRICHT
<b>10.1 Ausbildung und Beruf</b>		
Die Schülerinnen und Schüler erkennen die Notwendigkeit für einen Ordnungsrahmen der Ausbildung im Dualen System und kennen wesentliche Bestimmungen. Sie beschreiben grundlegende Inhalte und Möglichkeiten der Durchsetzung arbeitsrechtlicher Vereinbarungen und setzen sich mit aktuellen Entwicklungen des Arbeitsrechts auseinander. Sie berichten über wichtige tarifvertragliche Regelungen und ihr Zustandekommen. Sie beurteilen die Schwierigkeit eines Interessenausgleichs zwischen den Sozialpartnern. Sie wissen über die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer Bescheid.	<p>Duales Ausbildungssystem          BBiG, Berufsausbildungsvertrag          Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>Arbeitsvertrag          Schutzbestimmungen im Arbeitsrecht, z. B. Kündigung, Mutterschutz, Arbeitszeit</p> <p>Arbeitsgerichtsbarkeit</p> <p>Tarifliche Regelungen und ihr Zustandekommen: Tarifautonomie; Tarifpartner; Tarifverhandlungen; Tarifverträge; Mittel, Ablauf, Strategien des Arbeitskampfes</p>	<p>Anknüpfen an den Ausbildungsvertrag der Schülerinnen und Schüler          Vergleich mit einem Ausbildungsvertrag um das Jahr 1900 oder Ausbildungsverhältnissen in anderen Ländern          BFS: Thematisierung der besonderen Ausbildungssituation</p> <p>Abgleich mit Wirtschaftsfächern bzw. entsprechenden Lernfeldinhalten</p> <p>Rollenspiele/Fallbeispiele</p> <p>Auswertung von Tarifverträgen          Berichterstattung über aktuelle Tarifverhandlungen und Entwicklungen im Tarifrecht</p>

Betriebsverfassungsgesetz bzw. Personalvertretungsgesetz: Rechte, Wahl, Zusammensetzung des Betriebsrats und der Jugendvertretung

Abgleich mit Wirtschaftsfächern bzw. entsprechenden Lernfeldinhalten  
Anknüpfen an betriebliche Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler

## 10.2 Arbeitswelt im Wandel

Die Schülerinnen und Schüler erkennen den Wandel der Arbeitswelt und die dafür verantwortlichen Ursachen. Sie diskutieren Auswirkungen auf die individuellen Erwerbsbiographien sowie auf die Gesellschaft. Sie kennen Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Anforderungen an den Einzelnen und setzen sich mit ihnen auseinander. Sie ziehen Rückschlüsse auf ihr persönliches Handeln.

Technologischer und betriebsorganisatorischer Wandel  
Verlagerung von Arbeitsplätzen durch Globalisierung  
Veränderung in der Form der Arbeitsverhältnisse, z. B. häufiger Wechsel von Arbeitsplatz und Beruf, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit  
Problematik „Schattenwirtschaft“

Zusammenarbeit mit Deutsch, Religion/Ethik  
Fallstudien

Expertenbefragung (Arbeitsvermittlung)

Auswertung aktueller Medienberichte und Wirtschaftsstatistiken

Arbeitslosigkeit und die Folgen für Individuum und Gesellschaft

Auswertung von Statistiken unter besonderer Berücksichtigung regionaler Beschäftigungsstrukturen bzw. der Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen

Arbeitsmarktpolitische Konzepte und Maßnahmen

Auseinandersetzung mit aktuellen Regierungsmaßnahmen und Arbeitsmarktkonzepten

Anforderungen an den Einzelnen, z. B.  
– Flexibilität, Mobilität, Leistungsbereitschaft  
– qualifizierte schulische und berufsbildende Abschlüsse  
– Erwerb von Schlüsselqualifikationen  
– Bereitschaft zum lebenslangen Lernen

Analyse von Stellenanzeigen  
Hinweis auf Ausbildungs- und Austauschprogramme der EU  
Recherchen zu Fortbildungsangeboten der Kammern, Innungen, Gewerkschaften, VHS u. a.

### 10.3 Soziale Sicherung

*\* Die Schülerinnen und Schüler gewinnen Einblick in die geschichtliche Entwicklung der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie kennen die Grundzüge des sozialen Sicherungssystems der Gegenwart und erfassen dabei seine Bedeutung für Individuum und Gesellschaft. Im Bewusstsein der Krise der sozialen Sicherungssysteme bewerten die Schülerinnen und Schüler aktuelle Lösungsstrategien in einer sich wandelnden Gesellschaft. Sie schätzen die Zukunftsaussichten ihrer eigenen sozialen Sicherheit ein und erkennen die Bedeutung einer privaten Vorsorge. \* Sie erschließen Möglichkeiten, sich freiwillig zu versichern und beurteilen den Sinn von Individualversicherungen.*

Soziale Sicherung:  
 – Bedeutung, Arten, Träger  
 – Beitragsregelungen, Leistungen  
 – Prinzipien (Subsidiarität, Solidarität, „Generationenvertrag“)  
 – Organisationsformen (Fürsorge, Vorsorge, Versorgung)

Krisenursachen, z. B. demographischer Wandel, Massenarbeitslosigkeit, Kostenexplosion

Maßnahmen der Sozialpolitik  
 Aktuelle Reformkonzepte

Möglichkeiten der privaten Absicherung und der staatlich geförderten privaten Vorsorge

*\* Individualversicherungen, z. B. Erwerbs-/ Berufsunfähigkeits-, Haftpflicht-, Unfall-, Lebensversicherung*

Lernzirkel Sozialversicherungen  
 Abgleich mit Wirtschaftsfächern und entsprechenden Lernfeldinhalten

Analyse von Schaubildern und Statistiken  
 Vergleich der sozialen Sicherung heute und früher  
 Vergleich mit der sozialen Sicherung in Ländern ohne Sozialstaatstradition (z. B. USA)

Auswertung aktueller Medienberichte

Berechnung einer „Riesterrente“ im Internet  
 Wertentwicklung von Aktien und Sparverträgen

*\* An Fallbeispielen wird die Notwendigkeit freiwilliger Versicherungen verdeutlicht, aber auch das Problem der Überversicherung beleuchtet.*

### 10.4 Recht

Die Schülerinnen und Schüler gewinnen Einsicht in die grundsätzliche Bedeutung des Rechts für das Zusammenleben in Gesellschaft und Staat. *\* Sie erkennen vorstaatliches Recht als Grundlage für Rechtsnormen. Sie verschaffen sich einen Überblick über die Einrichtungen der*

Aufgaben und Ordnungsprinzip des Rechts  
 Regelung von Ansprüchen und Verpflichtungen  
 Individuelle Freiheit, deren Sicherung und Begrenzung

*\* Bindung der Gesetzgebung an die verfas-*

Konfrontation der Schülerinnen und Schüler mit anarchischen Zuständen in aktuellen Krisengebieten

*\* Aktuelle Beispiele, ausgehend von einer Rechtsvor-*

*Rechtsprechung* und erfassen, dass ihre rechtliche Verantwortung mit dem Alter zunimmt. Sie erfahren den Ablauf eines Strafverfahrens und beurteilen, warum im Jugendstrafrecht das Prinzip der Resozialisierung im Vordergrund stehen muss.  
\* *Sie kennen Formen der außergerichtlichen Einigung.*

*sungsmäßige Ordnung, der Rechtsprechung an Gesetz und Recht*

\* *Ordentliche und besondere Gerichtsbarkeit, Zivilprozess*

Rechts- und Geschäftsfähigkeit, Delikt- und Strafmündigkeit des Jugendlichen

Ablauf Strafprozess  
Besonderheiten des Jugendstrafrechts

\* *Schlichtungsverfahren, Mediation*

*schrift aus dem Alltagsleben der Schülerinnen und Schüler*

\* *Systematische Darstellung, Schaubild*

Fallbeispiele

Besuch oder Simulation einer Gerichtsverhandlung  
Kontakte mit der Jugendgerichtshilfe usw.  
Gespräch mit dem Jugendrichter

\* *Vgl. LZ 10.5: Soziale Beziehungen  
Rollenspiele, Expertenbefragung*

## 10.5 Soziale Beziehungen

Die Schülerinnen und Schüler kennen Sozialisationsinstanzen und verstehen deren Bedeutung für ihre eigene Biographie. Sie erkennen die Komplexität sozialer Prozesse und üben prosoziale Verhaltensweisen ein. Sie setzen sich mit der Situation von Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft auseinander.

Persönlichkeitsentwicklung durch soziale Interaktion in Familie, Peer-Group, Schule, Betrieb, Verein, Kirche

Konflikte und Gewalt als Folgen widersprüchlicher Rollenerwartungen, Interessen- und Wertvorstellungen

\* *Methoden zur Verhinderung bzw. Beilegung von Konflikten, z. B. aktives Zuhören, Ich-Botschaften formulieren, andere Meinungen respektieren und akzeptieren*

Aufgaben der Familie:

Konfrontation mit Negativbeispielen, z. B. Kaspar Hauser, Hospitalismus

Rollenspiele zu Konflikten aus der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler  
Expertengespräch mit Jugendpolizisten  
Arbeit mit Handreichungen zur Gewaltprävention  
Analyse medialer „Vorbilder“

\* *Fächerübergreifendes Arbeiten in Verbindung mit Deutsch, Religion/Ethik  
Projekt: Ausbildung von Streitschlichtern*

Berücksichtigung der „Richtlinien für die Familien- und

- Reproduktion
- Erziehung (Erziehungsstile)
- Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse

Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“, des Religions- und Ethiklehrplans

Rechtsstellung der Familie:

- Schutz der Ehe und Familie im Grundgesetz
- Rechtsbeziehungen in der Familie, z. B. eheliches Güterrecht, Unterhaltspflicht, Namensrecht, Grundsätze des Erbrechts

Expertengespräch mit einem Anwalt für Familienrecht

Herausforderungen an Familie und Gesellschaft, z. B.

- veränderte Geschlechterrollen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Kinder als Armutsrisiko
- neue Formen der Partnerschaft und des Zusammenlebens

Auswerten von Interviews, Fallbeispielen, Texten und Statistiken, ggf. in Zusammenarbeit mit Deutsch  
Einladung einer Gleichstellungsbeauftragten

Maßnahmen staatlicher Familienpolitik, z. B.

- Transferleistungen, Steuerpolitik
- Elternzeit, Kinderbetreuung

Recherche im Internet

**SOZIALKUNDE, Jahrgangsstufe 11**

- Lerngebiete: 11 Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland
- 11.1 Staatsziele und Staatsordnung
  - 11.2 Der politische Entscheidungsprozess
  - 11.3 Repräsentation und Wahl
  - 11.4 Politik und Partizipation
  - 11.5 Deutschland in Europa

LERNZIELE	LERNINHALTE	HINWEISE ZUM UNTERRICHT
<b>11 Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland</b>	<b>Staatsaufgaben:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– äußere und innere Sicherheit (Friedenssicherung, Gewaltmonopol), öffentliche Ordnung</li> <li>– Wahrung und Fortentwicklung der Rechtsordnung</li> <li>– Sicherung sozialer Mindeststandards</li> <li>– Bemühen um die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung</li> <li>– funktionierende Verwaltung</li> <li>– Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen</li> </ul>	Schüler- und handlungsorientierter Zugang zum Thema, z. B. Simulation einer Staatsgründung („Schiffbrüchigenexperiment“) oder „Utopiespiel“: Was soll und kann der Staat leisten?
<b>11.1 Staatsziele und Staatsordnung</b>	Die Bundesrepublik als wertgebender, freiheitlicher, demokratischer Staat:	SRP-Urteil des BVerfG Diskussion aktueller Grundrechtsverletzungen



gen und Erfahrungen und setzen sich mit heutigen extremistischen Strömungen auseinander. Sie begreifen deren Entstehungsursachen und entwickeln eine rational begründete und wertgebundene Einstellung zu diesen Bestrebungen.

- Menschenbild des GG
- Grundrechte: Inhalte und Funktionen, Stellung im Rechtssystem, \* *Natur- und Menschenrechtstradition*

Grundzüge des GG:

- Gewaltenteilung (vertikal und horizontal)
- Möglichkeiten der Machtkontrolle
- Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Bundesstaatlichkeit und Demokratie als besonders gesicherte Strukturprinzipien
- abwehrbereite Demokratie

Grundzüge der Weimarer Reichsverfassung:

- Stellung von Reichspräsident, Reichskanzler und Reichstag
- Grundrechte

Nationalsozialistische Diktatur (1933-1945)

- weltanschauliche Grundlagen (z. B. Rassenmythos, Führerprinzip, Ablehnung demokratischer Prinzipien, autoritäre Herrschaft)
- Herrschaftsgewinnung und -ausübung
- Stellung und Alltag des einzelnen Menschen

Aktuelle Gefahren für die Demokratie, z. B. Links- und Rechtsextremismus, demokratiefeindliche Sekten

Arbeit mit dem GG  
Abstimmung mit Religion/Ethik

Projekt „Produktion einer Staatsverfassung“:

1. Gruppenarbeit arbeitsteilig
  - Welche Grundrechte sollen den Bürgern garantiert sein?
  - Wie sollen die Bürger mitwirken?
  - Organe/Staatsaufbau
  - Wie wird der Missbrauch staatlicher Gewalt verhindert?
2. Vergleich mit GG und GG-Kommentar zu Art. 1, Art. 20, Art. 79(3)
3. Generalisation und Begriffsbildung zu den Grundprinzipien des GG

Vergleich Grundgesetz – Weimarer Reichsverfassung

Lokale Recherche: z. B. Schicksal von jüdischen Bürgern in der Region  
Exkursion zu Gedenkstätten

Aufgreifen historischer und aktueller Beispiele (Nationalsozialismus, Kommunismus; Radikalismus heute, v. a. bei Jugendlichen)

Gemeinsame Merkmale extremistischer Bewegungen

Arbeit mit Verfassungsschutzbericht und aktuellen Medien  
Abstimmung mit Religion/Ethik, s. a. LZ 12.3

## 11.2 Der politische Entscheidungsprozess

Die Schülerinnen und Schüler entdecken an kommunalen Problemen aus ihrem Erfahrungsbereich die Gemeinde als politisches Handlungsfeld. Sie kennen den föderativen Staatsaufbau und setzen sich mit ihm auseinander. Sie untersuchen den Prozess der politischen Entscheidung am Beispiel eines aktuellen Streitfalles. Sie finden die an der politischen Willensbildung beteiligten Gruppen, deren Interessen, politische Vorstellungen und Einflussmöglichkeiten heraus und begreifen dabei auch die Zuständigkeiten und Funktionen der staatlichen Institutionen. Sie gewinnen so generalisierbare Einsichten in Politik und sie üben, sich ein begründetes und wertgebundenes Urteil zu bilden.

Die politische Gemeinde:

- Aufgaben
- Aufbau
- Entscheidungsprozesse

Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland:

- Sinn bundesstaatlicher Ordnung (Bürgernähe, Subsidiarität, Gewaltenteilung)
- Strukturen und Aufgabenverteilung
- Probleme des Föderalismus
- Stellung Bayerns im Bund

Entstehung eines Gesetzes:

- Gesetzgebungsweg am aktuellen Konflikt
- Interessen und ihre Lobby
- Ziele und Vorstellungen der Parteien
- öffentliche Meinung/Medien
- oberste Bundesorgane

Planspiel: Modellhafte Simulation eines aktuellen Streitfalles (Schülerinnen und Schüler spielen die beteiligten politischen Gruppen und Institutionen.)

Konfrontation der Schülerinnen und Schüler mit dem Zentralismus im Nationalsozialismus und der DDR  
An ausgewählten Politikfeldern (z. B. Schulpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik) und Gesetzgebungsverfahren werden das Verhältnis von Bund und Ländern sowie Chancen und Probleme des Föderalismus herausgearbeitet.

Exemplarische Konfliktanalyse:

1. Untersuchung des Konflikts
2. Urteilsbildung (begründete Entscheidung auf der Grundlage von wertgebundenen und einsehbaren Maßstäben)
3. Handeln (Nachdenken über staatliche und eigene reale Handlungsmöglichkeiten)

Wesentliche Informationen zur Institutionenkunde sollten als Lehrgang in die Konfliktanalyse eingeschoben werden.

### 11.3 Repräsentation und Wahl

Die Schülerinnen und Schüler verstehen Notwendigkeit und Funktionsweise der repräsentativen Demokratie in der modernen Massengesellschaft. Sie kennen Merkmale der Wahlen und erfassen ihre Bedeutung. *\* Sie analysieren moderne Wahlkämpfe und die mit ihnen verbundenen Strategien. Sie nehmen Fehlentwicklungen zum Anlass für eine kritische Analyse von Wahlaussagen und für eine sachbezogene Betrachtung von Politik. \* Sie erkennen die Bedeutung einer unabhängigen Berichterstattung und nutzen die vielfältigen Informationsmöglichkeiten zur eigenständigen und kritischen Meinungsbildung.*

Repräsentation:

- direkte und repräsentative Demokratie
- Wahl als Machtübertragung auf Zeit
- Grundsätze und Merkmale demokratischer Wahlen, Wahlsysteme
- Stellung des Abgeordneten
- Aufgaben, Stellung und Finanzierung der Parteien

*\* Entwicklung zur Medien- und Stimmungsdemokratie:*

- Personalisierung von Politik
- Populismus und „Vermarktung“ von Politik

*\* Medien in der Demokratie:*

- Massenmedien als Bedingung von Demokratie
- Grundrecht Pressefreiheit
- Gefahren für die politische Meinungsbildung, z. B. Medienkonzentration, „Boulevardisierung“ der politischen Berichterstattung

Vergleich mit direkter Demokratie

Diskussion der Forderung nach Verankerung plebiszitärer Verfassungsbestandteile (vgl. LZ 11.4)  
Entdeckung der Grundsätze einer demokratischen Wahl an der Klassensprecherwahl  
Diskussion des Problems der Fraktionsdisziplin  
Arbeit mit Artikel 21 und 38 GG und dem Parteiengesetz

*\* Analyse einer aktuellen Wahl, der Wahlaussagen und Wahlkampfstrategien der Parteien (Wahlprogramme, Medien, Plakate usw.), der Wahlbeteiligung und des Wählerverhaltens in Zusammenarbeit mit Deutsch*

*\* Analyse der aktuellen politischen Berichterstattung in den Massenmedien in Zusammenarbeit mit Deutsch*

### 11.4 Politik und Partizipation

Die Schülerinnen und Schüler werden sich ihrer eigenen Einstellungen über Politik, Parteien und Politiker bewusst und setzen sich kritisch damit auseinander. Sie verstehen und akzeptieren die Grundsätze einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung. Sie er-

Akzeptanz von Politik:

- eigene Vorstellungen von Politik und Demokratie
- Politikverdrossenheit

Pluralistische Ordnung:

- Existenz konkurrierender Interessen und

Artikulation und Sammlung eigener Einstellungen (z. B. Kartenabfrage), Objektivierung durch Vergleich mit Jugendstudien und Medienberichten

Demokratische Verhaltensweisen werden als Regeln gemeinsam erarbeitet und z. B. bei der gemeinsamen

kennen die Bedeutung demokratischer Verhaltensweisen für das öffentliche Leben und üben diese ein. Sie entdecken Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Staat und entwickeln ein Bewusstsein für ihre Rolle als Bürger.

- Wertvorstellungen
- Notwendigkeit der Organisation von Interessen (Bündeln – Filtern – Durchsetzen)
  - Spannung von Solidarität und Eigenverantwortung
  - demokratische Tugenden, z. B. Toleranz, Konflikt- und Kompromissfähigkeit, Anerkennung des Mehrheitsprinzips, Minderheitenschutz

Planung einer Schulveranstaltung eingeübt.

- Partizipation an der Willensbildung, z. B.
- Mitwirkung in Schule und Betrieb
  - Engagement in Vereinen, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Verbänden
  - Beteiligung an Wahlen in Gesellschaft und Staat
  - Bürgerinitiativen
  - Bürgerbegehren/-entscheid
  - Volksbegehren/-entscheid
  - Mitarbeit in einer Partei
  - Übernahme eines Mandats

Projekt zu einem realen aktuellen Problem oder Konflikt in der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler  
Besuch einer politischen Veranstaltung

## 11.5 Deutschland in Europa

Die Schülerinnen und Schüler reflektieren ihr eigenes Verhältnis zur EU. Sie verstehen die historischen Triebkräfte für die Gründung und Entwicklung der EU und erkennen die Chancen, die sich aus der europäischen Einigung ergeben. \* Sie gewinnen Einblick in die Funktionsweise und Institutionen der EU. Sie erfassen das Spannungsfeld widersprüchlicher in-

Einstellungen, Ängste und Erwartungen der Schülerinnen und Schüler gegenüber der EU

*\* Institutionen und Entscheidungsprozesse in der EU am Beispiel eines ausgewählten Politikfelds mit Bezug zur Lebenswirklichkeit der Klasse*

Sammlung der Beiträge, z. B. mit Moderationskarten, Schreibgespräch  
„Zukunftswerkstatt“  
*\* Auswerten von Schaubildern zu den EU-Institutionen  
Fallstudie  
Arbeit mit Medienberichten*

Der europäische Einigungsprozess und seine

Veranschaulichung durch aktuelle Beispiele

*nenpolitischer sowie unterschiedlicher nationaler und europäischer Interessen.* Sie untersuchen die Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses im nationalen und internationalen Bereich, setzen sich mit den aktuellen Bestrebungen und Widerständen einer Vertiefung und Erweiterung der EU auseinander und gelangen zu einem begründeten eigenen Urteil.

Zukunftsperspektiven:

- Motive und Ziele
- Übertragung nationaler Souveränitätsrechte
- von der EGKS über die Wirtschaftsunion zur politischen Union
- EU-Verfassung
- Folgen der EU-Erweiterungen

Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen Regionalismus, Nationalgedanke und Europaidee  
Geschichtliche Darstellung im Überblick anhand von Schaubildern, ggf. Konkretisierung mit Quellentexten, Filmen o. ä.  
Erarbeitung der gegensätzlichen Interessenpositionen mit Hilfe von Medienberichten  
Urteilsbildung durch Pro-und-Contra-Debatte und Planspiel

**SOZIALKUNDE, Jahrgangsstufe 12**

Lerngebiete: 12.1 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik  
 12.2 Lebens- und Zukunftssicherung durch ökologisch nachhaltige Entwicklung  
 12.3 Internationale Beziehungen

LERNZIELE	LERNINHALTE	HINWEISE ZUM UNTERRICHT
<p><b>12.1 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik</b></p> <p>Die Schülerinnen und Schüler erkennen das Spannungsverhältnis zwischen marktwirtschaftlichem Angebot und eigenem verfügbarem Einkommen. Sie setzen sich mit ihrer Rolle als Verbraucher auseinander, sehen mögliche Gefahren unkontrollierten Konsums und erfassen die rechtlichen Folgen von Verträgen. <i>* Sie beschreiben die Ziele eines Unternehmens und beurteilen die Übereinstimmung von Betriebszweck und Gemeinwohl. Sie verschaffen sich einen Überblick über die wichtigsten Rechtsformen der Unternehmen und beschreiben die wesentlichen Merkmale und Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft. Sie sind sich der Notwendigkeit und Grenzen von</i></p>	<p>Bedürfnisse – Bedarf – Werbung          Rechte und Verpflichtungen in Verträgen, z. B. Kaufvertrag/Ratenkaufvertrag, Leasing, Mietvertrag          Verbraucherschutz</p> <p><i>* Betriebliche Ziele (Gewinn- und Nutzenoptimierung) und Allgemeinwohl</i></p> <p>Rechtsformen der Unternehmen: Einzelunternehmung, GmbH, OHG, AG</p> <p>Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaft          Spannungsverhältnis zwischen Staat und Markt          Bedeutung von Markt und Wettbewerb für Volkswirtschaft und Verbraucher</p>	<p>Problemanalyse „verschuldeter Jugendlicher“          Besuch einer Verbraucherzentrale          Einladung eines Schuldnerberaters          Abgleich mit Wirtschaftsfächern bzw. mit entsprechenden Lernfeldinhalten</p> <p><i>* Diskussion wirtschaftsethischer Fragen in Zusammenarbeit mit den Fächern Religion/Ethik und Deutsch</i></p> <p>Planspiel: Gründung eines Unternehmens im Berufsfeld mit Hilfe von Informationsmaterial von HWK und IHK</p> <p>Arbeiten mit aktuellen Wirtschaftsberichten          Vergleich mit Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft          Diskussion: Mehr Markt oder mehr Staat?</p>

Markt und Wettbewerb bewusst. Sie kennen die Hauptziele der Wirtschaftspolitik und setzen sich mit Zielkonflikten auseinander. Ausgehend von der aktuellen Wirtschaftslage interpretieren sie die Merkmale eines Konjunkturzyklus und beurteilen die Möglichkeiten der staatlichen Konjunkturpolitik. Sie reflektieren, dass die Kaufkraft ihres Geldes abhängig von der Wirtschaftslage ist, und sie gewinnen Einblick in die Geldpolitik. Sie sehen ein, dass die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaftslage im hohen Maß vom Zusammenwachsen des europäischen Marktes und der Globalisierung geprägt werden, und wägen Chancen und Risiken der Globalisierung ab.

Magisches Viereck und Probleme bei seiner Verwirklichung  
Phasen des Konjunkturverlaufs  
Instrumente der Konjunkturpolitik

Inflation und Deflation, Binnen- und Außenwert des Euros

Eurozone  
Wesentliche Instrumente und Aufgaben der EZB: Einwirkung auf Geldmenge, Bestimmung des Zinsniveaus

Außenhandel und Außenhandelspartner  
\* *Zahlungsbilanz*  
Internationale Wirtschaftsorganisationen  
Dimensionen der Globalisierung  
Globalisierung in der Kritik

Arbeit mit aktuellen Konjunkturberichten, Diskussion kontroverser Standpunkte und Konzepte

Ausgehend von persönlichen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler mit dem Euro  
Internetrecherche zur Kaufkraft im In- und Ausland

Kartenarbeit zur Eurozone  
Auswertung der Monatsberichte der EZB  
Simulation einer Auto- und Immobilienfinanzierung

Auswertung von aktuellen Statistiken und Medienberichten  
Auseinandersetzung mit Argumenten der Befürworter und Gegner der Globalisierung  
Podiumsdiskussion oder Fishbowl  
(Vgl. LZ 10.1)

## 12.2 Lebens- und Zukunftssicherung durch ökologisch nachhaltige Entwicklung

Den Schülerinnen und Schülern werden die zunehmende Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen und deren wesentliche Ursachen und Folgen bewusst. Sie erfassen, dass Bedürfnisse

Zentrale Umweltprobleme, ihre Ursachen und Auswirkungen auf Gesundheit, Lebensraum und Volkswirtschaft

Herstellen aktueller, betrieblicher, regionaler Bezüge; Abstimmung mit entsprechenden Inhalten anderer Fächer  
Expertenbefragung, Unterrichtsgang

der Gegenwart befriedigt werden sollen, ohne dass nachfolgende Generationen in ihrer Bedürfnisbefriedigung beeinträchtigt werden. Sie leisten eigene Beiträge zum Umweltschutz und erkennen dabei die Bedeutung eines ökologisch bewussten Verbraucherverhaltens für Individuum, Produktion und Umwelt. Sie sehen die Notwendigkeit politischer Vorgaben zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein *\* und setzen sich mit Maßnahmen des staatlichen Umweltschutzes auseinander.*

Prinzip der Nachhaltigkeit

Individuelle Handlungsmöglichkeiten, z. B. Kauf ökologisch erzeugter Produkte, Müllvermeidung, Energieeinsparung

*\* Nationale und internationale Umweltschutzmaßnahmen*

Szenariotechnik

Arbeit mit Statements (z. B. Häuptling Seattle)  
Exkursion zu ökologisch orientierten Lebens- und Wirtschaftsmodellen

Sammlung von Informationen über ökologisch orientierte Produzenten und Vertriebsstellen in der Region  
Projekte in der Schule, z. B. zur Energieeinsparung, Verwendung alternativer Energien, Müllvermeidung, Ernährung  
Organisation einer Ausstellung  
Zusammenarbeit mit lokalen Arbeitsgruppen der Agenda 21

*\* Auseinandersetzung mit aktuellen Medienberichten  
Diskussion kritischer Argumente der Umweltschutzverbände*

### 12.3 Internationale Beziehungen

Die Schülerinnen und Schüler kennen die Grundstrukturen der internationalen Politik und berücksichtigen dabei die Rolle der EU und Deutschlands. Sie analysieren internationale Konflikte und beurteilen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur Wahrung der Menschenrechte. Sie machen sich die Merkmale und Ursachen von Unterentwicklung bewusst und verstehen diese als existenzielle Herausforderung der Weltpolitik. Sie setzen sich mit Sinn und Grundfragen von Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit auseinander und erfassen den Zusammen-

Grundstrukturen der internationalen Politik am Beispiel eines aktuellen Konflikts:

- Konfliktparteien und deren Beweggründe
- Machtverhältnisse
- Verlauf des Konflikts
- Mittel des Krisenmanagements
- Funktion, Ziele und Möglichkeiten von UN und NATO
- Rolle von EU und Deutschland

Unterentwicklung als Herausforderung für die Weltpolitik:

- ökonomische, ökologische, soziokulturelle, historische und politische Probleme als Ur-

Analyse eines aktuellen Konflikts anhand von Medienberichten

Vergleich der aktuellen Bedrohungssituation mit der vor 1989/90

Diskussion der Außenpolitik der Bundesrepublik und der Rolle der Bundeswehr, z. B. mit dem Jugendoffizier

Durchführung eines Projekts oder Projekttags in Zusammenarbeit mit den Fächern Religion/Ethik und Deutsch

Auswertung themenspezifischer Karten und Statisti-



hang mit ihrem eigenen Leben.

- sachen für Unterentwicklung
  - Auswirkungen von Unterentwicklung auf die internationale Staatengemeinschaft und Deutschland, z. B. Wanderungsbewegungen, Terrorismus, wirtschaftliche Folgen
  - ethische, soziale, politische, ökologische und wirtschaftliche Gründe für Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit
  - Konzepte und Maßnahmen der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, z. B. Idee der Einen Welt, nachhaltige Entwicklung
- ken, ggf. im Internet
- Fallbeispiel: Analyse der Probleme eines Landes oder einer Region
- Expertengespräch mit Vertretern von Organisationen der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit oder Flüchtlingsinitiativen
- Interviews mit geflüchteten Menschen
- Gestaltung einer Ausstellung in der Schule
- Analyse erfolgreicher Projekte der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit

**ANHANG**

Mitglieder der Lehrplankommission (Juni 2004):

Georg Brenauer	BS Marktoberdorf
Ulrike Rattke	BS Erding
Reiner Sagstetter	BS I, BOS mit BFS Landshut
Maria Sommerer	BS mit BFS Freising
Eckhard M. Spannraft	Universität Erlangen-Nürnberg
Hermann Ruch	ISB, München

Ergänzt durch die Mitglieder der Lehrplankommission (Juli 2010):

Georg Brenauer	BS Marktoberdorf
Ulrike Rattke	BS Erding
Reiner Sagstetter	BSI, FOS/BOS mit BFS Landshut
Barbara Häckl	ISB, München